Morgen-Ausgabe

Einzelpreis 10 Pfennig

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrgang 219

Nr. 296 a

Bezugspreis: monatlich 2 [illegible], bei 2maliger Zustellung 2,60 G.-M. [illegible] Zustellungsgebühr. [illegible] nehmen amtliche Postanstalten Briefträger und [illegible] Austrägerinnen entgegen. [illegible] höhere Gewalt entbindet den Verlag [illegible] Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonates angenommen.

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 7 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25610 — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Halle-Saale

Freitag, 17. Dez. 1926

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile 15 Pfennig Kleine Anzeigen 8 Pfennig Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellengesuche 5 Pfennig. Die 3 gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Für Platzvorschriften u. telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale

„Das ist Landesverrat!"

Herr Scheidemann „enthüllt" — Selbst Marx weist die Angriffe auf die Reichswehr zurück — Sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen die Regierung — Heute Abstimmung über die Mißtrauensanträge.

Der erste Tag der Krise

Das unentwegte Drängen nach links

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Dezember. Der erste Tag der von den Sozialdemokraten heraufbeschworenen offenen Regierungskrise hat die Entscheidung noch nicht gebracht. Als Ergebnis ist festzustellen, daß trotz aller empfindlichen sozialistischen Angriffe die Regierungskoalition nach wie vor zur Großen Koalition strebt. Wie groß die Erregung bei den Regierungsparteien selbst über die sozialdemokratischen Angriffe war, läßt sich aus der außerordentlichen Schärfe der Verurteilung ersehen, die Dr. Wirth nach Scheidemanns Rede geübt hat. Von deutschnationaler Seite wird Scheidemanns Abfuhr durch Wirth rückhaltlos begrüßt. Auch Demokraten und Volkspartei wehren sich energisch gegen die von Scheidemann geführten Angriffe. Wie der Reichskanzler sich gegen die Sozialdemokraten in der Frage der Reichswehr wandte, ist ja bereits anerkannt. Obwohl also alle Regierungsparteien durch die Art der sozialdemokratischen Angriffe aufs schärfste indigniert sind, schließt sich sogar die Volkspartei noch der Erklärung des Reichskanzlers an, die Koalitionsverhandlungen nach links zu betreiben, obwohl sie dabei die Einschränkung macht, sie habe „in der gegenwärtigen Situation nichts mehr zu Marx' Worten zu sagen". Dieses einmütige Festhalten an links war das Ergebnis der Pause, die am Nachmittag in den Reichstagsverhandlungen nach der Scheidemannrede eintrat. Im Laufe der weiteren Aussprache ergaben sich keine für die innerpolitische Situation neuen Gesichtspunkte. Es kommt erst morgen zur Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum, welches unbedingt eine Mehrheit findet, wenn die Deutschnationalen für dieses Mißtrauensvotum stimmen. Zu dieser Unterstützung des Mißtrauensvotums sind die Deutschnationalen aber fest entschlossen, obwohl die Rede Scheidemanns an sich große Bedenken gegen diese Unterstützung weckte. Man wird sich aus allgemein politisch zwingenden Gründen mit einer Erklärung in diesem Punkt rechtfertigen. Die einzige Möglichkeit, die Neutralität einer wohlwollenden Haltung der Deutschnationalen zu erkaufen, besteht in der Erklärung des Reichskanzlers oder der Zentrumspartei, in der diese nunmehr den Willen äußern, die Verhandlungen um eine Regierungserweiterung objektiv, d. h. also nach beiden Seiten und nicht nur mit den Sozialdemokraten zu führen. Zu einer solchen Erklärung hat sich aber weder der Kanzler noch die Zentrumsfraktion bereit erklärt. Das Ziel der Mittelparteien ist und bleibt die Erhaltung der Weimarer Koalition, der die Deutsche Volkspartei in wohlwollender Neutralität gegenüberstehen will.

In volksparteilichen Kreisen hält man die Verwirklichung dieses Vorschlages für absolut unmöglich. Ein Verbleib Dr. Stresemanns als Fachminister im Amt bei gleichzeitigem Ausscheiden der Volkspartei kommt gar nicht in Frage. Rein äußerlich liegt die Entscheidung der gegenwärtigen Krise bei den Deutschnationalen. Da diese aber nach wie vor zu erkennen geben, daß sie zur sachlichen Mitarbeit unter bestimmten Voraussetzungen jederzeit bereit sind, da weiter Zentrum und Demokraten in einseitiger Verranntheit nach links treiben, obwohl sie dauernd Fußtritte von links erhalten, liegt der Schlüssel zur Lösung doch eigentlich beim Zentrum. Für den morgigen Vormittag haben fast alle Fraktionen noch Sitzungen anberaumt. Ob freilich die einzige die Situation wesentlich ändernde Tatsache, nämlich ein neuer Beschluß des Zentrums, noch eintritt, ist mehr als fraglich.

Der Verlauf der Sitzung

Berlin, 17. Dez. Am Regierungstisch: Reichskanzler Marx, Außenminister Dr. Stresemann, Reichswehrminister Dr. Geßler und die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts.

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung der Vorlage zur Verlängerung des Sperrgesetzes für die Fürstenauseinandersetzung.

Abg. **Pfleger** (B. Vp.) empfiehlt im Namen des Rechtsausschusses die Annahme des Gesetzentwurfs.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung gegen Deutschnationale und Völkische angenommen.

Der Präsident stellt fest, daß die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit vorliegt. Es folgt dann die dritte Lesung des Nachtragshaushalts. Verbunden damit sind die Mißtrauensvoten der Kommunisten gegen das Reichskabinett und gegen den Reichswehrminister im besonderen.

Unter allgemeiner Spannung nahm sofort

Reichskanzler Dr. Marx

das Wort. Er gab folgende Erklärung ab: Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei hat durch Beschluß vom 9. Dezember festgestellt, daß sie eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig halte und daß sie diese Entscheidung bei der dritten Lesung des Nachtragsetats herbeiführen werde. Die Reichsregierung ließ sich demgegenüber von dem Gedanken leiten, daß angesichts der außenpolitischen Lage und der dadurch gegebenen Notwendigkeit für die Lösung einiger bedeutsamer, bisher noch unentschiedener Rechtsfragen verhandlungsfähig zu bleiben, eine Regierungskrise, wenn irgend möglich, vermieden werden müsse. Aus der Gesamtentwicklung der letzten Zeit heraus hat die Reichsregierung daher die Initiative für Verhandlungen mit der Sozialdemokratie als der größten Oppositionspartei zur

Erzielung einer Verbreiterung der Regierungsbasis

ergriffen. Die Regierungsparteien billigten ohne Ausnahme diesen Entschluß der Regierung, so daß am Nachmittag des 15. Dezember der Sozialdemokratischen Partei mitgeteilt werden konnte, die Reichsregierung sei in Uebereinstimmung mit den Regierungsparteien bereit, in Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion einzutreten, mit dem Ziele der Bildung der Großen Koalition. Die sozialdemokratische Fraktion hat dann bekanntlich gestern abend [illegible] zwar zu Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bereit erklärt, zugleich aber den Rücktritt der Reichsregierung verlangt. Die von der Reichsregierung und den Regierungsparteien beabsichtigten Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Fraktion hätten ihren Fortgang genommen, ohne daß die Autorität der Regierung nach innen und außen geschwächt worden wäre. Der geforderte Rücktritt der Reichsregierung müßte für längere Zeit zu einer nur geschäftsführenden Regierung führen, da unter den obwaltenden Verhältnissen eine rasche Lösung der Krisis unmöglich erscheint. Die Reichsregierung vermag die Verantwortung für einen solchen Zustand, der mit den schwersten Nachteilen vor allem für unsere außenpolitischen Interessen verbunden sein muß, nicht zu übernehmen. Sie muß die Verantwortung denjenigen Parteien des Reichstages überlassen, die durch ihre Beschlüsse ihn herbeiführen.

Namens der Reichsregierung habe ich daher die Erklärung abzugeben, daß die Regierung entschlossen ist, nicht zurückzutreten.

Das Weitere muß sie der Entschließung des Reichstages überlassen.

Abg. Scheidemann (S. P. D.)

weist auf die schwere Entscheidung hin, in die man jetzt einzutreten beginne. Die Sozialdemokratische Partei stehe dem Schicksal des deutschen Volkes nicht gleichgültig gegenüber. **Wir haben**, so fährt der Redner fort, stets aus Liebe zum Volke gehandelt. Wir verstehen es durchaus, daß es den Offizieren der alten Armee schwer fällt, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden. Es muß aber eine Statsgewalt da sein, die imstande ist, ihre Autorität aufrechtzuerhalten. Eine Reichswehr, die fast das Gegenteil eines Friedensinstruments darstellt (Lebhafter Widerspruch rechts), muß geändert werden. Ich danke dem Herrn General Heye für seine Erklärung; aber der von ihm als erwünschtes Ziel bezeichnete Zustand der Reichswehr ist eben noch nicht vorhanden. Die Reichswehr bildet heute noch einen Staat im Staate. Kein Volk ist über seine Wehrmacht so schlecht unterrichtet wie das deutsche. Für das Ausland bilden die Dinge, die ich hier vorbringen will, nichts Neues mehr. Das Reichswehrministerium hat eine sogenannte „Sondergruppe" (S. G.). Diese hat bei dem Abschluß von Verträgen zwischen den Junkersflugzeugen und Moskau mitgewirkt. Seit 1923 sind für diese „S. G." jährlich etwa 70 Millionen Goldmark gezahlt worden. Der Redner teilt weitere Einzelheiten über Einzahlungen der „S. G." auf das Konto russischer Waffenfabriken mit. Das deutet auf eine unmittelbare Verbindung des Reichswehrministeriums mit Rußland hin, eine Rüstungsindustrie im Auslande zu schaffen. An den Verträgen mit Rußland ist der General Hasse beteiligt, der mit falschen Namen unterzeichnet hat. (Große Unruhe rechts und Zurufe: „Unerhört!" Lump! Raus!)

Abg. Graf Westarp (Dntl.): „Das ist Landesverrat!" **(Unter großer Erregung verlassen die Deutschnationalen und Völkischen den Saal.)**

Oberst a. D. Koch habe mit Genehmigung des Reichswehrministeriums Vortragskurse über militärische Ausbildung in Arbeitgeberverbänden gehalten. General von Tschitschwitz habe in einem Vortrag in Rostock gesagt, unser Volk müsse wieder wehrhaft gemacht werden. Dazu gehörten besondere Ausbildungskurse durch Angehörige der Reichswehr, sogenannte Sportlehrer; ehemalige Offiziere sollten als Kreisoffiziere auf Privatdienstvertrag eingestellt werden. In Pommern seien für 30 Orte 36 Kreisoffiziere eingestellt worden. Angestellt würden nur ganz rechtsgerichtete Offiziere. Sie hätten Bestände von „Instrumenten" zu verwalten und je nach Bedarf hier und da hinzuschieben. Die Marine sei auf die Bedingungen eingegangen, der O. C. Waffen zur Verfügung zu stellen. In Ostholstein seien der O. C. zwölf Maschinengewehre von der Marine zur Verfügung gestellt worden. Die Marine war seinerzeit bereit, ihre Mannschaften der O. C. zu unterstellen. (Hört! Hört!) Nach Niederschlagung des Hitlerputsches richtete sich die Wut gegen den General von Seeckt, den man mit „Gasbombe" erledigen wollte. Der für die Tat ausersehene Günther werde heute noch von der Marinestation Kiel bezahlt. (Hört! Hört!) Das Kleinkaliberschützenwesen sei vielfach außerordentlich weit entwickelt. Sie arbeiteten mit Stammrollen und Karteien. Seit Frühjahr 1926 schicke man Reichswehrunteroffiziere zwecks Ausbildung in die vaterländischen Verbände.

Der Redner weist dann auf die

Enthüllungen des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens

hin, der zuerst die größte sogenannte nationale Organisation geschaffen habe, dann aber umgeschwenkt sei, weil er erkannt habe, daß gewisse Kreise die Verbände nur zu Gesinnungswehrmacht im Innern benutzen wollten. Die Kleinkaliberschützen hätten vielfach auf der Reichswehr gehörigem Gelände geübt, dessen Benutzung z. B. dem Reichsbanner verweigert worden sei. Die Reichswehr habe aus Furcht vor einem kommunistischen Putsch sich Granaten in Sowjetrußland bestellt. Die Waffen seien zu Schiff nach Stettin gebracht worden. Er wolle die Gefahren für die Republik nicht übertreiben. Sie sei heute, morgen und übermorgen noch nicht bedroht. Aber in bewegten Zeiten werde eine bewaffnete Macht, die der Republik feindlich gegenüberstehe, zu einer ungeheuren Gefahr. Daher fordere die Sozialdemokratie eine

Reform der Reichswehr an Haupt und Gliedern.

Die Bedeutung der geheimen Rüstungen wolle er nicht übertreiben, aber im Auslande bildeten sie ein starkes Argument gegen die ehrlichen Absichten der deutschen Republik. Herr Stresemann könne ein Lied davon singen. Zu Rußland wünsche man dringend ein gutes Verhältnis. Die deutsche Reichswehr dürfe aber der Sowjetmacht nicht als Waffe für die Weltrevolution dienen. Die Sozialdemokraten wollen Moskaus Freunde, aber nicht Moskaus Narren. Deshalb keine Sowjetmunition mehr für deutsche Geschütze! Dr. Geßler habe sieben Jahre an der Spitze der Reichswehr gestanden. Das Ergebnis seien die heutigen Zustände. Deshalb verweigere die Sozialdemokratie besonders Dr. Geßler das Vertrauen. Wenn in der Koalition alles zerschlagen sei, so sei es geschehen durch die Schuld des deutschnational gesinnten Dr. Scholz. Die Sozialdemokratie werde ein

Mißtrauensvotum gegen die gesamte Reichsregierung

einbringen. (Lebhafter Beifall der Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Marx:

gibt dann folgende **Erklärung** ab: Entsprechend ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Reichswehr fällt es der Reichsregierung nicht schwer, zu den Wünschen Stellung zu nehmen, die in bezug auf die Reform der Reichswehr in der Oeffentlichkeit laut geworden sind. Mit der überwältigenden Mehrheit des Reichstags ist die Reichsregierung der Ansicht, daß die Schlagfertigkeit der Wehrmacht der Republik und ihr Zusammenhalt erhalten werden müsse. Die Politisierung der Reichswehr lehnen wir ab. Vielmehr wird die ganze Schulung und Erziehung der Reichswehr nach wie vor auf die Treue zur bestehenden republikanischen Staatsform und zur Pflichterfüllung gegenüber den verfassungsmäßigen Gewalten abgestellt. Der Einstellung von Elementen, die sich nachweislich verfassungsfeindlich betätigt haben, in die Reichswehr, werden wir uns mit allen Mitteln widersetzen. Unser Ziel ist, die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und ihren Vertretern in den Parlamenten in Stadt und Land und der Reichswehr immer inniger zu gestalten, um das in manchen Kreisen bestehende Mißtrauen zu bekämpfen. Dazu gehört auch, daß sich der Ersatz der Reichswehr aus allen Bevölkerungsschichten und allen Teilen des Reiches zusammensetzt. Denn die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie von dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen ist. Dies vorausgesetzt, habe ich zu den einzelnen Beschwerdepunkten folgende

Ausführungen

zu machen:

1. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit und durch scharfe Befehle das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen sogenannte Wehrverbände in erster Linie gehören, verboten. Diese Bestimmungen werden strengstens durchgeführt, und Zuwiderhandlungen sollen im Rahmen der bestehenden Gesetze und Bestimmungen streng geahndet werden.

2. Die Frage von Geldspenden unterliegt zurzeit einer Neuregelung, nach der die Annahme von privaten Geldspenden jeder Art der Zustimmung des Ministers bedarf.

3. Eine Nachweisung der auf privaten Vertrag beim Reichsheer angestellten Personen kann dem Reichstag auf Wunsch bis zum Ende des Etatsjahres vorgelegt werden.

4. Die Bestimmungen für das Ersatzwesen im Heere sind auf Grund des Verordnungsgesetzes vom Herrn Reichspräsidenten im Jahre 1921 erlassen. Es wird zurzeit geprüft, ob und inwieweit Veranlassung vorliegt, dem Herrn Reichspräsidenten Aenderungen in diesen Bestimmungen vorzuschlagen. Die unteren Verwaltungsbehörden werden übrigens schon jetzt zwecks Auskunfterteilung weitgehend in Anspruch genommen.

Ueber die Rede des Abgeordneten Scheidemann kann ich, so betont der Kanzler, nur mein allertiefstes Bedauern aussprechen. (Stürmische Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Die Vorwürfe des Abgeordneten Scheidemann liegen so weit zurück oder haben sich in so anders gearteten Verhältnissen zugetragen, daß ich ihr Vorbringen heute in keiner Weise als berechtigt ansehen kann. Ich muß im übrigen mein großes Befremden darüber zum Ausdruck bringen, daß der Abgeordnete Scheidemann hier eine große Anzahl von Fällen vorgetragen hat, die erst vor kurzem der Reichsregierung von einem Fraktionsgenossen des Abgeordneten Scheidemann vorgelegt worden sind, und deren entgegenkommende Prüfung die Reichsregierung zugesagt hat. (Lebh. Hört! Hört!) **Bei vielen Fällen ist die**

Unrichtigkeit der Behauptungen übrigens bereits erwiesen.

Ich halte es für eine selbstverständliche Pflicht, der Reichsregierung mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß sie einen Zweifel an der Zuverlässigkeit und Treue der Reichswehr nicht hegt, sondern die Reichswehr nach wie vor als zuverlässiges Instrument der Reichsregierung betrachtet. (Lebh. Zustimmung.)

Abg. von Guérard (Zentr.) beantragt nunmehr, die Sitzung um eine Stunde zu unterbrechen.

Abg. v. Graefe (Völk.) erklärt, man müsse den Worten Scheidemanns die allergrößte Verachtung entgegenbringen. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Pause wird beschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192612172-18/fragment/page=0001
DFG

Das sozialdemokratische Mißtrauensvotum

Berlin, 16. Dez. Im Reichstag ist folgendes Mißtrauensvotum eingegangen: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages." Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschäftigte sich heute nachmittag mit dem vorliegenden Mißtrauensvotum, beschloß aber, ihre Entscheidung erst vor der morgigen Plenarsitzung zu treffen.

Die neue Sitzung nach der Pause

Abg. v. d. Schulenburg (Deutschnat.) gibt eine Erklärung ab, in der es heißt: Der Deutsche Reichstag ist heute durch die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann, die uns mit tiefster Entrüstung erfüllen, der Schauplatz eines Vorkommnisses geworden, das wir in einer deutschen Volksvertretung bisher für unmöglich gehalten haben. (Lebhafte Zustimmung rechts. Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wären die Behauptungen des Abgeordneten Scheidemann wahr, so wäre durch seine Rede der

Tatbestand des Landesverrats

in jeder Hinsicht erfüllt. Wir sind aber der festen Ueberzeugung, daß sie unwahr sind. Auf sie auch nur ein Wort der Erwiderung zu verschwenden, verbietet uns unser Gefühl für Selbstachtung und nationale Würde. (Beifall rechts.) Die deutsche Wehrmacht ist in der kritischen Entwicklung der letzten Jahre der feste Halt der Ordnung in unserem Vaterlande gewesen. Deshalb bedauern wir doppelt, daß sie neuerdings die Zielscheibe leichtfertiger, vielfach verleumderischer Angriffe geworden ist. Unter dem Vorwande einer Entpolitisierung versucht man, aus der Reichswehr ein willfähriges Werkzeug einseitiger parteipolitischer Bestrebungen zu machen. Wir vertrauen darauf, daß, hiervon unberührt, die Wehrmacht auch weiterhin in selbstloser Hingabe an den Dienst ihre schwere, ernste Pflicht erfüllen wird. Dafür darf sie aber auch erwarten, daß Regierung und Reichstag sie gegen solche Zersetzungsbestrebungen, die vielfach offenen Landesverrat darstellen, in Schutz nehmen. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß Dienstfreudigkeit und Staatsgesinnung weiterhin die festen Grundlagen unserer jungen Wehrmacht bleiben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wirth (Zentr.) weist auf die Spannung hin, mit der alle der heutigen Debatte entgegengesehen hätten. Man habe angesichts der außenpolitischen Entwicklung eine ernste, würdige Debatte erwartet. Darin sei man durch den bisherigen Verlauf der Debatte bitter enttäuscht worden. Für ihn stehe das Wohl des deutschen Volkes an erster Stelle. Im Laufe der letzten Jahre sei er sich bei seiner Politik an schwieriger Stelle bewußt gewesen, daß man

mit Pazifismus keine vaterländische Politik

machen könne. Den polnischen Staat wolle er nicht schädigen, aber wir spürten den wachsenden Druck an den Ostgrenzen. Wir spürten, daß es offizielle polnische Kräfte waren, die den Griff nicht nur nach Oberschlesien, sondern auch nach weiteren Teilen Schlesiens beabsichtigten. Wenn die Idee des neuen Staates nicht letztlich und ernstlich in der Reichswehr verankert wird, dann wird Deutschlands letzte Wehr und Waffe in den Parteikämpfen zerrieben werden.

Ein Volk freilich, das seine Geschichte nicht ehrt, ist nicht wert, wieder einmal Geschichte machen zu können.

Nun gelte es, die Wehrmacht zu einem verfassungstreuen Instrument des neuen Staates zu gestalten. Daß der Weg über die Leiche der Weimarer Verfassung gehen solle, sei ein Wahnsinn. Dr. Wirth verteidigt dann die Politik Rußland gegenüber. Ohne Einbeziehung der russischen Bodenschätze könne die Weltwirtschaft nie mehr gesunden. Der heutige Tag mit dieser sozialdemokratischen Rede sei ein dies ater in der Geschichte des deutschen Volkes.

Abg. Dr. Scholz (D. V. P.) schließt sich den Erklärungen des Reichskanzlers an. Der Redner mißbilligt lebhaft die Art des Sprechers der Sozialdemokraten, der einzelne Fälle verallgemeinert habe, die sich auf einen Zeitraum von mehreren Jahren beziehen und zum großen Teil in einer Vergangenheit liegen, in der der Bestand des Staates gefährdet war. Die Rede Scheidemanns ist geeignet, im In- und Auslande ein vollkommen falsches Bild von der Einstellung der deutschen Reichswehr zu geben, an deren Verfassungstreue ein Zweifel nicht gestattet ist, und die diese ihre Treue zum Staat wiederholt durch die Tat bewiesen hat. Der Redner stimmt den anerkennenden Worten des Reichskanzlers für die Reichswehr zu, ebenso seiner scharfen Kritik der Rede Scheidemanns. Die Deutsche Volkspartei werde alle Bestrebungen, die geeignet sein können, das Vertrauen zu unserer Wehrmacht zu erschüttern, oder ihren Aufbau zu gefährden, nachdrücklich bekämpfen.

Abg. von Ramin (Völkisch) erklärt, daß seine Fraktion auf dem Standpunkt stehe, daß in erster Linie das Bekenntnis zu Volk und Vaterland komme und nicht zur Staatsform.

Scheidemann habe Volk und Vaterland in schwerster Weise geschädigt.

Jede Gemeinschaft mit Scheidemann sei Landesverrat. (Ordnungsruf.)

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr: Weiterberatung und Abstimmung über die Mißtrauensanträge. Schluß 8 Uhr. Als gegen Schluß der Sitzung der Abg. Heroud (Zentr.), der kürzlich einen Schwächeanfall erlitt, im Saale erschien, wurde er von allen Seiten lebhaft beglückwünscht.

Ein kommunistischer Antrag auf Auflösung der Reichswehr

Berlin, 16. Dez. Im Reichstage ist ein kommunistischer Antrag eingegangen, der die Auflösung der Reichswehr fordert. An ihre Stelle soll eine Miliz treten, die aus der werktätigen Bevölkerung unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen gebildet werden soll. Die Unteroffiziere und Mannschaften sollen unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte in die von ihnen selbst gewählten Berufe übergeführt werden. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages schlagen die Kommunisten Maßnahmen zur Reorganisierung der Reichswehr und Reichsmarine vor. So sollen die Reichswehrangehörigen das Wahlrecht erhalten. Die Vorrechte der Offiziere sollen aufgehoben, die Truppenführer von den Unteroffizieren und Mannschaften gewählt werden. Auch soll der Reichswehrangehörige das Recht auf dreimonatliche Kündigung erhalten. Neueinstellungen in die Reichswehr sollen in Zukunft nur durch die freien Gewerkschaften erfolgen. Untersuchungskommissionen sollen nachprüfen, ob Reichswehrangehörige zu den Vaterländischen Verbänden gehören. Wer dazu gehört, soll fristlos ohne Pensionsanspruch entlassen werden.

Wichtige Beschlüsse des Reichsrates

Berlin, 16. Dez. Der Reichsrat nahm heute das Schmutz- und Schundgesetz in der Fassung des Reichstages ohne Einspruch an. Der Antrag der Vertreter von Lübeck und Braunschweig, sich gegen das Gesetz zu erklären, fand keine genügende Unterstützung. Die Ausführungsbestimmungen wurden noch nicht erledigt. Der Reichsrat billigte weiter: Futtermittelgesetz und das Sperrgesetz zur Fürstenabfindung. Angenommen wurde weiter eine Novelle zur Gewerbeordnung betreffend Zulassung zum Hebammenberuf. Die neue deutsche Arzneiliste wurde genehmigt. Schließlich stimmte der Reichsrat dem Beschluß des Reichstages über die Weihnachtsbeihilfen für die Beamten und Arbeiter zu.

Preußischer Landtag

Berlin, 16. Dez. Der preußische Landtag verabschiedete heute in dritter Lesung die oberschlesische Umgemeindungsvorlage, über die ein Kompromiß dahin erzielt wurde, daß die Beschlüsse zweiter Lesung mit der Aenderung angenommen werden, daß Hindenburg alle in der Gemeinde Bismarckhütte gelegenen Vorsignale erhält. Das Haus setzt dann die Aussprache zum Etat fort.

Abg. Falk (Dem.) erklärt, die Demokraten könnten den gestrigen Schlußfolgerungen des deutschnationalen Abg. Winckler über die Außenpolitik nicht zustimmen. Die Politik der Deutschnationalen gehe darauf hinaus, Preußen wieder zu ihrer Domäne zu machen. Die Demokraten wünschten, daß Dr. Stresemann bei einer Kabinettsumbildung als Außenminister wiederkehre. Der Redner erklärt weiter, er freue sich, feststellen zu können, daß der preußische Finanzminister dem Märchen ein Ende gemacht habe, als wolle er eine Verewigung der Hauszinssteuer. Es sei Pflicht der Staatsregierung, das Aufkommen aus der Hauszinssteuer der Neubautätigkeit zuzuführen. Der Finanzausgleich müsse mehr Rücksicht auf Länder und Gemeinden nehmen. Der Wohlfahrtsminister hätte vorsichtiger vorgehen müssen. Die grundsätzliche Stellung der Demokraten zu ihm ändere sich aber nicht. Kultusminister Becker sei für seine Haltung zu danken.

Abg. Müller-Franken (W. Vereg.) kritisiert die wirtschaftliche Betätigung des Staates und die rücksichtslose Steuereintreibung. Die Aufstellung des Etats verdiene die schärfste Nachprüfung. Mit den Sparmaßnahmen müsse endlich ernst gemacht werden. Bei der Anleihepolitik, besonders der Gemeinden, sei äußerste Vorsicht geboten. Die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge durch Anleihen zu decken, bedeute Vogel-Strauß-Politik. Seine Fraktion lasse über die Hauszinssteuer mit sich reden, wenn die Steuer wirklich für ihre eigentlichen Zwecke verwandt werde. Wegen seiner mittelstandsfeindlichen Politik stehe die Wirtschaftliche Vereinigung dem Ministerium mißtrauisch gegenüber.

Abg. Meyer-Solingen (S. P. D.) erklärt, Stresemann wäre aus Genf mit besseren Ergebnissen zurückgekehrt, wenn die Deutschnationalen nicht die Außenpolitik fortgesetzt sabotiert hätten. Die Behauptung des Abgeordneten Winckler, daß das Ansehen Preußens zurückgegangen sei, müsse zurückgewiesen werden. Die Sozialdemokraten seien keine Gegner des Berufsbeamtentums. Die Richter täten aber heute alles, um die Rückkehr vorrepublikanischer Verhältnisse zu fördern.

Abg. von Winterfeld (Dntl.) legt nach einmal die deutschnationale Stellungnahme zum Etat dar und weist besonders auf die Notlage der Industrie und Landwirtschaft hin. Man müsse an den langsamen Abbau der Hauszinssteuer denken. Man habe nicht das Vertrauen zu der Regierung, daß sie eine geeignete Verwaltungsreform bringen werde. Im Gegensatz zu der Vorkriegshaltung der Sozialdemokraten seien die Deutschnationalen bereit, an dem Aufbau des Staates mitzuarbeiten. Abgelehnt werden müsse, daß durch wirtschaftlichen Druck Beamte zu Republikanern gemacht werden sollen und ebenso das Verhalten des Kultusministers, der versuche, beim Schulstreik durch wirtschaftlichen Druck eine Gesinnungsänderung zu erzwingen.

Abg. Grebe (Zentr.) kritisiert die Ungeschicklichkeit des früheren Reichskanzlers Michaelis bei den Friedensverhandlungen. Hätte der Einfluß des katholischen Volksteiles sich mehr Geltung verschaffen können, dann hätte sicherlich der Grundgedanke der päpstlichen Anregung eine bessere Beachtung gefunden. Bei der Verteilung der Beamtenstellen sei dem katholischen Volksteil gegenüber auch heute noch nicht Parität gewährt.

Die Beratungen werden darauf auf Freitag 10 Uhr vertagt.

Keine Strafverfolgung bayerischer Abgeordneter wegen wegen journalistischer Beleidigung

München, 16. Dez. Der bayerische Landtag hat sich in seiner heutigen Vollsitzung bis zum 11. Januar vertagt. Die Ausschüsse werden heute und morgen noch Sitzungen abhalten. Im Geschäftsordnungsausschuß des Landtages kamen heute mehrere Fälle zur Behandlung, in denen Abgeordnete, die zugleich als verantwortliche Redakteure von Zeitungen zeichnen, von der Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung verfolgt werden. Die bayerische Volkspartei brachte dabei zum Ausdruck, daß sie grundsätzlich die Aufhebung der Abgeordnetenimmunität wünsche für Tageordnete, die als verantwortliche Redakteure fungieren. Der Ausschuß beschloß jedoch mit Knapper Mehrheit, die Genehmigung der Strafverfolgung der nationalsozialistischen Abgeordneten Zipfel und Streicher sowie des sozialdemokratischen Abgeordneten Blumtritt zu versagen.

Der Stand der deutsch-französischen Kaliverhandlungen

Paris, 16. Dez. Wie verlautet, wird das deutsch-französische Kaliabkommen gegen Ende Dezember oder Anfang Januar in Paris unterzeichnet werden. Auf der letzten in Paris abgehaltenen Konferenz zwischen den Vertretern der französischen Gesellschaften und zwei Delegierten des Kalisyndikates scheinen die bisherigen Schwierigkeiten soweit behoben worden zu sein, daß der endgültige Text des Abkommens redigiert werden konnte.

Heute Beginn des Germersheimer Prozesses

Landau, 16. Dez. Morgen vormittag beginnt vor dem hiesigen französischen Kriegsgericht der Prozeß gegen den französischen Unterleutnant Roucier sowie gegen die Deutschen Mattes, Holzmann, Fechter, Ardogast, Kegler und Kegel. Roucier ist der vorsätzlichen Tötung und Körperverletzung angeklagt. Die deutschen Angeklagten des Verstoßes gegen die Rheinlandordonanzen. Der französische Untersuchungsrichter hat die Vorladung von 44 Zeugen vorgeschlagen, darunter 17 französische Militärpersonen und der aus den Zwischenfällen bekannte Freund Rouciers, Filoug. Die Verteidigung der deutschen Angeklagten wird von Rechtsanwalt Dr. Grimm (Essen) und Fuß (Landau) geführt.

Paris, 16. Dez. Die Pariser Presse schenkt dem morgen vor dem französischen Kriegsgericht in Landau beginnenden Prozeß gegen den Unterleutnant Roucier große Beachtung. Man ist bemüht, die Schuld Rouciers in möglichst mildem Lichte erscheinen zu lassen und sein Vorgehen als berechtigte Notwehr hinzustellen.

Pariser Brunnenvergiftung

Paris, 16. Dez. Der Veröffentlichung der „Baseler Nationalzeitung" über Erklärungen Dr. Stresemanns, wonach Briand den deutschen Außenminister über die Meinungsverschiedenheiten mit dem französischen Kabinett auf dem Laufenden gehalten habe, wirkt auf die hiesige Rechtspresse wie eine Bombe. Besonders scharf nimmt hierzu der „Avenir" Stellung, der es noch begreiflich findet, daß Dr. Stresemann die Erklärungen über Mitglieder des französischen Kabinetts machte, es aber für unverständlich hält, daß ein deutscher Minister der Presse gewisse intime Vorgänge im französischen Kabinett mitteile und kommentiere. Wie die Telegraphen-Union hierzu von zuständiger Stelle erfährt, ist die Darstellung der „Baseler Nationalzeitung", die so große Aufregung in der französischen Presse verursacht, gänzlich unzutreffend. Ein Interview hat der Reichsaußenminister dem Vertreter des Blattes überhaupt nicht gewährt, sondern ihn nur ganz kurz auf der Durchfahrt des Zuges durch Basel auf dem Bahnhof gesprochen, ohne dabei irgend welche Andeutungen in dem behaupteten Sinne gemacht zu haben.

Jugenderinnerung

Von Anna Pawlowna

Aus dem musikalischen Almanach „Der Musikus", den der bekannte Musikschriftsteller Walter Dahms unter Mitarbeit von Künstlern wie Adolf Busch, Erwin Fischer, Wilhelm Furtwängler, Sigrid Onegin, Siegfried Ochs, Anna Pawlowna, Ermanno Wolf-Ferrari u. a. soeben im Panorama-Verlag, Berlin-Steglitz, herausgegeben hat. (Preis 3 Mark.)

Meine erste Erinnerung knüpft sich an ein kleines Häuschen in Petersburg, wo ich mit meiner Mutter lebte. Ich war ihr einziges Kind, und wir waren beide allein in der Welt, nachdem mein Vater gestorben war, als ich zwei Jahre zählte. Meine Mutter war sehr fromm. Sie war darauf bedacht, daß ich mich oft bekreuzigte und vor jedem Heiligenbild andächtig betete. Die Mutter Gottes mit traurig-süchternem Blick, die aus dem geschnitzten Rahmen auf mich niederschaute, war meine beste Freundin, der ich alle meine kindlichen Leiden und Freuden vertraute.

Wir waren sehr arm, aber meine Mutter wußte es doch stets fertig zu bringen, daß ich an jedem Festtag meine Freude hatte. Zu Ostern gab es ein mächtiges Ei und Spielsachen, zu Weihnachten ein Tannenbäumchen mit goldenen Nüssen behängt. Ich war acht Jahre alt, als meine Mutter mir eines Tages ankündigte, daß wir ins Marientheater gehen würden. Das wirkte aufregend auf mich, und ich begann sie auszufragen, was wir sehen würden. Sie erzählte mir mein Lieblingsmärchen: „Dornröschen", das ich schon tausendmal gehört hatte. Der erste Schnee schimmerte im Licht der Laternen, als wir nach dem Marientheater im Schlitten fuhren. Glückselig schmiegte ich mich an die Mutter, die mich umarmte und sagte: „Jetzt sollst du aber einen Zauber sehen!"

Ein paar Minuten darauf und — — eine ungeahnte Welt ergriff sich meinen Sinnen. Schon bei den ersten Tönen der Musik von Tschaikowsky war ich gebannt und wagte kaum zu atmen. Als der Vorhang aufging und die Herrlichkeit des Königsschlosses zu sehen war, schrie ich vor Entzücken auf. Im zweiten Akt tanzten Knaben und Mädchen einen Walzer.

„Möchtest du auch so tanzen?" fragte meine Mutter.

„Nein, ich möchte wie Dornröschen tanzen, und gerade hier auf dieser Bühne!" erwiderte ich.

Die Mutter lachte, nannte mich ein kleines Dummchen. Wie im Traume fuhr ich wieder nach Haus und hörte nicht auf, mir vorzustellen, wie ich als „Dornröschen" auf der Bühne tanzen würde. „Mütterchen, darf ich tanzen lernen?" fragte ich wiederholt. — „Ja, Nurotschka, gewiß," erwiderte sie, küßte mich und vergegenwärtigte sich, wie sie mir beim Walzer auf dem Ball zusehen würde.

Ich küßte und quälte meine Mutter, daß sie mich in der Ballettschule unterbringen möchte. Ihre Weigerung rief einen Tränenstrom hervor. Nach einigen Tagen hatte ich es durch meine Ausdauer erreicht, daß meine Mutter sich mit mir zum Direktor der Theaterschule begab. Sie glaubte, mir durch eine solche Ausbildung das Brot für die Zukunft zu sichern, wenn sie nicht mehr am Leben sein würde.

„Wir können doch kein achtjähriges Kind aufnehmen. Bringen Sie sie nach vollendetem zehnten Lebensjahr her," sagte der Direktor.

Ich war sehr betrübt und wurde still und versonnen. Meine Gedanken waren lediglich darauf gerichtet, zu ergründen, wie ich schneller eine Ballett-Tänzerin werden könnte.

Kaum hatte ich meinen zehnten Geburtstag gefeiert, so erinnerte ich meine Mutter daran, daß wir zum Direktor gehen müßten. Sie machte ein sehr ernstes Gesicht, versuchte aber nicht mehr, mich zu überreden — wir verstanden jetzt einander schon besser.

Mein Glück war grenzenlos, als ich in die Zahl der Tanzschülerinnen eingezeichnet wurde, obgleich ich in Tränen ausbrach, als ich von meiner Mutter getrennt werden sollte. Auch sie weinte im Bewußtsein des wichtigen Schritts, den ich tat.

Der Eintritt in die Kaiserliche Ballettschule ist gerade so, wie der Eintritt ins Kloster, denn hier wie dort herrscht eine eiserne Disziplin. Um 8 Uhr morgens tönt ein feierlicher Glockenklang. Wir standen auf, kleideten uns unter Aufsicht der Inspektorin an, die genau darauf achtete, daß wir sorgfältig die Hände, die Nägel und die Zähne säuberten. Dann ging es zum Gebet, wobei eine Schülerin laut vor dem Muttergottesbilde eine Litanei verlas. Um 9 Uhr gab es Tee und Butterbrot zum Frühstück, und dann folgten die Tanzstunden.

Wir versammelten uns in einem sehr großen, hohen und lichten Saal, wo ein Klavier stand und einige kleine Sofas an den Wänden. Die Wände schmückten Bilder der russischen Monarchen, unter denen uns dasjenige von Katharina II. mit den stolzen und lachenden Blicken besonders lieb war.

Zuerst tanzten die Kleinen, dann die Aelteren. Sobald das zweite Frühstück eingenommen war, gingen wir spazieren und dann wurde bis 4 Uhr wieder getanzt. Ein wenig Ruhe wurde uns nach dem Mittagessen gegönnt, damit das Fechten, Musizieren und auch die Tanzproben mit frischer Kraft einsetzen konnten. Abends wirkten wir oft auf der Bühne des Marientheaters mit. Gewöhnlich bekamen wir um 8 Uhr Abendrot, und um 9 Uhr lagen wir im Bett. Die Einförmigkeit dieser Lebensführung wurde nur unterbrochen durch den Gang ins Bad am Freitag, in die Kirche am Sonnabend und Sonntag und ins Theater an den großen Festtagen.

Manchmal hatten wir einen Ball, zu dem auch die männlichen Balletteschüler erschienen. Dann war jede von uns bemüht, sich mit einem Bändchen und dergleichen aufzuputzen. Weit mehr Aufregung aber verursachte ein Besuch der kaiserlichen Familie in der Schule. Der Kaiser und seine Familie interessierten sich sehr für uns. Ich entsinne mich, wie Kaiser Alexander III., Kaiserin Maria Fedorowna mit den Großfürsten erschienen und unserem Tanze auf der Bühne zusahen. Nach dem Ballett nahm der Zar meine kleine Freundin, Stanislawa Jelinska, aufs Knie. Ich fing zu weinen an, und auf die Frage nach der Ursache sagte ich schluchzend: „Ich will auch beim Kaiser auf den Knien sitzen!"

Um mich zu trösten, nahm der Großfürst Wladimir mich auf den Arm, aber ich war noch nicht befriedigt und sagte:

„Ich möchte auch vom Kaiser geküßt werden!"

Der Großfürst lachte sich krank darüber. Die kaiserlichen Gäste tranken mit uns Tee und waren so gemütlich, daß wir gar keine Scheu vor ihnen hatten.

Meine Mutter kam jeden Sonntag zu mir, und an den Feiertagen durfte sie mich zu sich nach Haus nehmen.

Mit sechzehn Jahren wurde ich als „Prima Ballerina" aus der Schule entlassen.

— Eine neue Operetteninszenierung Tairoffs. Am 18. Dezember bringt Alexander Tairoff in seinem Moskauer Kammertheater eine neue Lecocq-Inszenierung heraus, die operette „Tag und Nacht". Diese Aufführung soll die Entwicklungslinie fortsetzen, deren Auftakt Tairoffs berühmte Regietat „Großfürstin Giroflä" war. Es ist die von ihm geschaffene Form der „musikalischen Exzentriade", wie er sie selber nennt, in der die Elemente der Satire, Parodie und Groteske sich in großem Stil ausleben können. Der Originaltext hat sich einen gründlichen Neuanstrich gefallen lassen müssen. Als verantwortlich für das Buch zeichnet W. Matz.

— Ein unbekanntes Werk von Victor Hugo. Ein Pariser Verlag beabsichtigt demnächst ein bisher unbekanntes Werk von Victor Hugo zu veröffentlichen. Es handelt sich dabei um eine frühere Bearbeitung desselben Stoffes, den er später in seinem Roman „Les Misérables" dargestellt hat. Das unbekannte Werk heißt „Les Misères" und wurde zwischen 1846 und 1848 geschrieben. Es war noch nicht ganz vollendet, als die Revolution von 1848 ausbrach, und als der Dichter im Jahre 1860 den Stoff von neuem behandelte, hatten sich seine Vorstellungen davon, ebenso wie sein Stil, beträchtlich verändert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192612172-18/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 17. Dezember.

Der Oppiner Mordprozeß

Die Verhandlung ergibt das Bild eines trüben Familienlebens. Frau Linke hatte 1914 ihren Mann geheiratet; er war in der ersten Zeit in einer Fabrik beschäftigt, machte sich aber nach dem Kriege selbständig. Von dieser Zeit an setzten wirtschaftliche Schwierigkeiten ein. Schon vorher hatte Frau Linke zu klagen, daß ihr Mann nicht sparsam mit dem Gelde umging; er verkehrte auch mit anderen Frauen und vergriff sich in der Betrunkenheit und im Jähzorn bisweilen an ihr. Es kam oft genug vor, daß sie kein Geld im Hause hatte. Sie mußte selbst auf Arbeit gehen und der Gerichtsvollzieher kam manchmal ins Haus.

Am Abend des 31. Januar fuhr Franz Räck, der Bruder der Frau Linke, von Oppin nach Tornau, um die Eltern seiner Braut zu besuchen, und kam nachts ½1 Uhr wieder nach Hause. Schon auf der Straße hörte er Lärm im Hause. Er ging ins Zimmer seiner Eltern. Hier waren seine Schwester und seine Mutter, der Vater war oben, wo die Linkes wohnten, und gebot Ruhe. Linke war nachmittags noch fortgegangen, um nach seiner entarteten des Hauses liegenden Werkstatt zu sehen, und war in angeheitertem Zustande kurz vorher ebenfalls nach Hause gekommen. Er hatte sofort seinen Sohn, der bei der Mutter unten Radio hörte, nach oben gerufen und empfing ihn hier gleich mit einer Ohrfeige. Dann rief er seiner Frau zu, sie sollte sich ebenfalls nach oben scheren. Sie blieb auf der Treppe stehen, weil sie sich fürchtete, und hörte nur noch, wie ihr Mann sagte:

„Heute abend schlage ich noch alle Klamotten entzwei!"

Seinen Schwiegervater empfing er ebenfalls roh: „Du hast mir nichts zu sagen!" Der Alte rief einen anderen Sohn herbei und schickte ihn zum Landjäger. Dieser erklärte aber, er könne nicht einschreiten, weil es sich um Familienzwistigkeiten handele, gab aber der Frau Linke den Rat, sie solle die Nacht bei ihren Eltern bleiben.

Nachdem der Vater den Landjäger hinausgelassen hatte, begab sich Frau Linke, wie sie sagt, ihrer Kinder wegen doch nach oben. Sie fand die Tür verschlossen; erst nach längerem Klopfen öffnete ihr Sohn. Doch kaum war sie ins Zimmer getreten, da kam ihr Mann aus der Schlafstube heraus, griff nach dem Hammer, den er sich kurz vorher nebst einem Messer aus der Küche geholt hatte, und stürzte auf seine Frau zu. Sie flüchtete eilends, der Mann wollte ihr folgen, erhielt aber in der Stubentür

2 Schüsse.

Seiner Schwester war nämlich der Bruder Franz, der Angeklagte, gefolgt. Er hatte eine Armeepistole, die unvorsichtigerweise in einem unverschlossenen Kasten unten aufbewahrt wurde, an sich genommen, geladen und auf seinen Schwager zwei Schüsse abgegeben. Linke wankte ins Zimmer zurück und sank in hockender Stellung zu Boden.

Durch den Lärm wurden die Flurnachbarn herausgelockt. Sie wurden jedoch von Bruder und Schwester zurückgewiesen. Die beiden traten ins Zimmer hinein und machten vor den hilfsbereiten Nachbarn die Türe zu. Was im Zimmer geschehen ist, darüber machen die beiden Angeklagten keine bestimmten Angaben. Frau Linke will ins Schlafzimmer gegangen und sich in ihrer Aufregung übers Bett geworfen haben. Ihr Bruder stand mit der Pistole in der Hand vor dem Verwundeten und Stöhnenden. Dieser wollte sich nach ungefähr 10 Minuten wieder aufraffen — so erzählt wenigstens der Angeklagte — und nach dem Hammer greifen, da gab Franz Räck

den 3. Schuß auf den Schwager

ab. Inzwischen war die Schwester wieder durch das Zimmer nach unten geeilt und ihr folgte der Bruder. Währenddessen war der jüngere Bruder von dem Vater zum Arzt geholt, hatte diesen aber nicht zu Hause getroffen. Als Frau Linke später wieder nach oben kam, fand sie ihren Mann aufs Bett gelegt und ist bis zum Morgen ½6 Uhr bei ihm geblieben. Dann wurde nochmals zum Arzt geschickt; er kam und fand Linke sterbend vor.

In den Aussagen der beiden Angeklagten liegen so viel Widersprüche, besonders was ihr sonderbares Verhalten dem hilflosen Verwundeten gegenüber betrifft, daß der Vorsitzende nicht Worte genug finden konnte, um ihnen die Unglaubwürdigkeit dieses eigenartigen Benehmens vorzuhalten.

Die Verhandlung dauert noch fort.

Zwei neue Wohnungen statt einer!

Ein Vorschlag zur besseren Verwendung der Hauszinssteuer.

Der ehemalige Berliner Stadtkämmerer Dr. Karding macht im „Berliner Tageblatt" unter der Ueberschrift „Zwei neue Wohnungen statt einer!" einen beachtenswerten Vorschlag zur besseren Verwendung der Hauszinssteuer beim Wohnungsbau. Dr. Karding sagt, das Mißverhältnis zwischen Baukosten und Wohnungsertrag habe sich durch Steigerung der gesetzlichen Miete und Senkung der Baukosten zwar etwas verringert, es mache aber noch immer jede private Bautätigkeit unmöglich. Selbst die Herabdrückung der Baukosten von den bisher geltenden 160 Prozent auf 140 Prozent des Friedenssatzes würde die Zinsenlast noch fast doppelt so hoch halten, wie den Ertrag und den freien Wohnungsbau noch nicht ermöglichen. Erst wenn auch die Zinsensätze der fremden Gelder wieder auf den Vorkriegsstand herabgedrückt worden sind, werde die Heraufsetzung der gesetzlichen Mieten wieder den privaten Wohnungsbau möglich machen. Bei der bisherigen Verwendung der Hauszinssteuer sei man nur auf die Beschaffung des Baukapitals bedacht gewese.. Mit den gewaltigen Beträgen der Hauszinssteuer könnte aber erheblich mehr geleistet werden, wenn sie nicht nur zur Beschaffung des Baukapitals sondern auch zur Herabdrückung der Zinsenlast verwendet werden könnte.

Wenn die Hauszinssteuerhypothek auch dazu verwendet werden würde, den Zinssatz der vorangehenden Hypothek herabzudrücken, so würden die Leistungen der Hauszinssteuer fast verdoppelt werden. Einer Aenderung des Gesetzes bedürfe es hierzu nicht. Es würde genügen, die Ausführungsbestimmungen dahin zu ergänzen, daß die Erträge der Hauszinssteuer auch zur Gewährung von Zinszuschüssen für solche Hypotheken verwendet werden dürfen, die neben der Hauszinssteuerhypothek zur Finanzierung von Wohnungsbauten auf dem privaten Geldmarkt aufgenommen werden.

Nächtliches Großfeuer

In der Kohlengroßhandlung Sachse und Müller, Hordorfer Straße, brach gestern abend im Kohlen- und Holzlager Großfeuer aus, welches rasch um sich griff. Die Süd- und Hauptwache rückten vollzählig aus, um das Feuer zu bekämpfen. Auch eine Löschlokomotive der Reichsbahn griff das Feuer von der Bahnseite aus an.

Bei Redaktionsschluß wütete das Feuer noch. Einzelheiten geben wir heute nachmittag in der Hauptausgabe.

— **Der Wehrwolf**, Bund deutscher Männer und Frontkrieger, Ortsgruppe Halle, veranstaltete im „Pfälzer Schiefgraben" seine diesjährige Weihnachtsfeier, verbunden mit Vorträgen und Theateraufführungen, die von Gästen sowie von Mitgliedern außerordentlich stark besucht war. Verschiedene Firmen der Stadt hatten es durch großzügige Spenden und ermöglicht, die bedürftigen Kameraden und Schwestern mit praktischen und nützlichen Sachen zu versehen. Der Ortsgruppenführer dankte besonders der Opfergruppe für ihre aufopfernde Tätigkeit und wir können wohl sagen, daß die Kinder, die sich besonders über den netten Weihnachtsmann gefreut haben, und auch die Erwachsenen gern an diesen Freudentag zurückdenken werden.

Aus Mitteldeutschland

Raubüberfall im Eisenbahnzug

Der Ueberfallene aus dem Zuge geworfen.

Northeim, 16. Dez. Auf dem Bahnsteig des hiesigen Bahnhofes wurde ein Herr bewußtlos aufgefunden. Als er wieder durch die Bemühungen der Sanitätswache das Bewußtsein erlangt hatte, gab er an, er sei mit einer Dame, die er am Tage vorher in Duisburg kennen gelernt habe, deren Freundin und einem Herrn auf der Reise nach Leipzig begriffen gewesen, um dort gemeinsam Einkäufe zu machen. Auf der Strecke Ottbergen—Northeim habe er einen Schlag auf den Kopf erhalten und sei seitdem bewußtlos gewesen. Er habe in seiner Ohnmacht auch nicht wahrgenommen, wie er aus dem Zuge gekommen ist. Es fehlten ihm Brieftasche, Uhr und Reisegepäck. Der Oberstaatsanwalt von Göttingen ist hier eingetroffen, um die erforderlichen Ermittlungen anzustellen.

Um die Besetzung des Bitterfelder Bürgermeisterpostens

Bitterfeld, 16. Dez. Die Wahlkommission für den Bürgermeisterposten beschäftigte sich gestern im Anschluß an die Stadtverordnetensitzung mit der Bürgermeisterwahl. Die Kommission nahm eine sehr eingehende Prüfung der eingegangenen Bewerbungen vor und beschloß, einige Kandidaten nach Bitterfeld zu einer Besprechung einzuladen.

Der Streit um die Gewerbesteuer

rl. Halberstadt, 16. Dez. In der gestrigen, bis gegen ½10 Uhr dauernden Stadtverordnetenversammlung spielten zwei Punkte eine Hauptrolle. Vom Magistrat war vorgeschlagen worden, die Gewerbesteuerzuschläge von 650 und 1350 auf 500 bzw. 1000 v. H. herabzusetzen. Vom Bürgerblock aus wurde nach einem Gutachten der Handelskammer behauptet, daß das im Haushaltsplan vorgesehene Aufkommen von 816 000 M. bereits bei Zuschlägen von 400 bzw. 800 v. H. eintommen würde. Um aber für alle Fälle den Finanzbedarf der Stadt zu sichern, wollte man 450 bzw. 900 v. H. Zuschläge bewilligen. Die linke Seite und auch der Magistrat stellten sich gegen diesen Vorschlag.

Vom Magistratstisch wurde sogar die Durchführung eines solchen Beschlusses in Frage gestellt, da gesetzmäßig ja die alten Zuschläge von der vorgesetzten Behörde genehmigt seien. Trotz allem setzte sich die bürgerliche Mehrheit für die über den Magistratsantrag hinausgehende Ermäßigung ein, um so der notleidenden Wirtschaft zu helfen. Dagegen wurden über den Antrag des Magistrats hinausgehende Forderungen der Sozialdemokraten und Kommunisten, die einmal statt der bewilligten 20 000 M. 40 000 M. für eine Weihnachtsbeihilfe Bedürftiger und dann eine besondere Weihnachtszulage für die städt. Arbeiter haben wollten, abgelehnt. Im ersten Falle ritten die Sozialdemokraten den Beamten als Paradepferd vor, der jetzt, obwohl er ein festes Gehalt hätte, Weihnachtsbeihilfen erhielt, in anderen Fall mußten ebenfalls die Beamten herhalten. Der Bürgerblock stellte sich gegen die Anträge, weil in der Arbeiterfrage die Versammlung nicht zuständig sei, denn es liege ein Tarifabkommen vor, und in der anderen Sache, weil nach Ansicht des Magistrats, der die Not und die Zahl der zu Unterstützenden kennt, die Summe von 20 000 M. gefordert seien. Im übrigen wurde die umfangreiche Tagesordnung, die eine Reihe von Bewilligungen vorsah, glatt genehmigt. Es wurde mitgeteilt, daß auch die Weihnachtszulage an die Beamtenschaft 85 000 M. erforderlich seien.

Eine Gemeinde ohne Steuererhebungen

Bitterfeld, 16. Dez. Aus Roitzsch wurden vor einigen Wochen eigenartige Zustände berichtet, die sich in der Gemeindeverwaltung ergeben haben. Es waren keine Steuern eingezogen worden, und man hatte auch keinen Etat aufgestellt. Die bürgerlichen Gemeindevertreter haben schon vor längerer Zeit ihre Aemter niedergelegt, weil die sozialistisch-kommunistische Mehrheit ein erträgliches Zusammenarbeiten nicht mehr zuließ. In einer dieser Tage abgehaltenen Sitzung der Gemeindevertretung hat nun dieses dörfliche Rumpfparlament Maßnahmen gegen die ausgeschiedenen Gemeindevertreter beschlossen. Vom Kreisaus'chuß war eine Auskunft eingeholt worden, die besagte, daß die Mandatsniederlegungen bzw. Nichtannahmen rechtsunwirksam seien. Daraufhin wurde nun beschlossen, jenen Gemeindevertretern die Berechtigung zur Mandatsniederlegung abzusprechen und sie auf die Dauer von vier Jahren von jedem Ehrenamt innerhalb der Gemeinde auszuschließen.

Neue Autolinie Eisleben—Hettstedt

Eisleben, 16. Dez. Die „Harz"-Kraftfahrzeuglinien der Ost-Harzbahnen eröffnen am 19. Dezember den Verkehr auf der geraden Strecke von Eisleben über Siersleben nach Hettstedt. Damit ist endlich ein lang gehegter Wunsch, eine schnellere und billigere Verbindung zwischen den beiden Städten Eisleben und Hettstedt zu schaffen, erfüllt. Zugleich werden Siersleben und die nahegelegenen Orte Augsdorf, Hübitz, Thondorf und Vollstedt in den Kraftwagenverkehr einbezogen.

Gleichzeitig tritt auf der Stammstraße Eisleben—Grundörfer—Mansfeld—Hettstedt eine Tarifänderung ein, durch die die Fahrpreise fast als bisher der tatsächlich zurückgelegten Entfernung entsprechend geregelt werden.

hl. Bad Lauchstädt, 16. Dez. (Gründung eines ländlichen Reitervereins.) Nach dem Vorbild anderer Gegenden wurde auch hier ein Reiterverein unter dem Namen „Ländlicher Reiterverein Bad Lauchstädt und Umgegend" ins Leben gerufen. Zirka 80 Herren hatten sich zur Gründung im Gasthof „Goldener Stern" eingefunden. Die Aufgabe des Vereins ist die Pflege des Fahr- und Reitsports unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Natürlich können nur die Monate hierfür in Frage kommen, in denen die landwirtschaftlichen Arbeiten ruhen oder gering sind, z. B. die Wintermonate und die Zeit vor der Getreideernte. Als erste Veranstaltung des neugegründeten Vereins wurde ein Geländeritt am 2. Weihnachtsfeiertag in Aussicht genommen.

Hötensleben, 16. Dez. (Wilderer.) Auf einem Kontrollgang bemerkte ein Jagdaufseher einen Wilderer, der auf Rehe jagte. Auf den Anruf des Beamten nahm der Mann die Flucht. Eine nachgesandte Kugel traf den Mann in den Oberschenkel. Schwerverwundet blieb er liegen. Der Verwundete, ein Arbeiter aus Hötensleben, wurde ins Krankenhaus gebracht.

Der Weg aus der Nacht

2] **Preisgekrönter Roman von Edmund Kiß.**

Mir blieb nichts anderes übrig, als hinterher zu gehen. Im Saal aber hatte ich sie wieder eingeholt.

„Du mußt jetzt mit mir tanzen, damit du dich an mich gewöhnst", erklärte ich ingrimmig.

„Nein, Fritz. Nachher erst. Sonst reden die Leute."

„Hol dich der Teufel!" sagte ich, obschon der Wunsch nicht aus dem Herzen kam.

Sie schenkte mir einen guten Blick, ließ sich aber von einem Regierungsassessor zum Tanz führen.

Ich sah betrübt hinterher.

Dieser ekelhafte Ledergeruch im Treppenhause! Wie solch ärztliche Zufälle den Menschen Fallen stellen können!

Immerhin. Wenn die Geschichte auch anders geworden war, wie ich sie mir vorgestellt hatte, so fühlte ich mich nunmehr beinahe beliebt.

Uebermorgen würde die Frau um mich anfragen.

Mir war auch das recht, denn ich konnte es nicht ändern.

Und der nächste Tanz mit Hanna gehörte mir!

Ich ging in das kleine Zimmer, in dem ein Büfett mit herrlichen leckeren Dingen aufgebaut war. Mir war regelrecht schwach geworden.

In der Tür sah ich noch einmal nach Hanna Laas. Wie schön diese Frau war, und wie herrlich und stolz ihre Bewegungen!

In dem kleinen Speisezimmer roch es auch nach Leder.

Meine Nase war scheinbar nervös geworden.

Ich setzte mich in eine Ecke des kleinen Raumes, aß und trank, denn es ist keine Kleinigkeit, wenn man sich verloben will und nicht ganz damit fertig wird.

Hanna Laas war eine vernünftige Frau. Sie wollte offenbar ihre Antwort nicht übereilt geben. Sie hatte ihren Gatten sehr lieb gehabt und würde ihn nicht vergessen. Das wollte ich auch gar nicht von ihr verlangen, denn der Hauptmann Laas war eine viel liebenswürdigere Persönlichkeit gewesen, als man es von mir sagen konnte; ich mußte das, da ich sein bester Freund gewesen war, beurteilen können.

Als sein Nachfolger war ich nur als unzureichender Ersatz anzusprechen.

Ich hatte Hanna immer geliebt, allerdings nur von weitem; sie ein wenig angeschwärmt.

Das hatte es natürlich gewußt.

Er fand es nicht ganz in der Ordnung, daß sein Freund, wenn auch aus der Entfernung, seine Gattin anschwärmte.

Heirate meine Schwester, sagte er deshalb oft. Maria ist so verliebt in dich, wie du es dir gar nicht besser wünschen kannst. Die Hanna aber gehört mir, und du bekommst sie nicht, so lange ich lebe.

Wahrscheinlich hätte ich Maria Laas auch geheiratet, doch war sie während des Krieges an Lungenentzündung gestorben. Die Nachricht von ihrem Tode berührte mein Ohr damals wie ein ferner wehmütiger Klang. Mein Freund war schon seit einem halben Jahre bei Soissons begraben, als mich der Brief der Mutter im Unterstande von Hollebeke erreichte.

Der Tod war alltäglich geworden.

Ich hätte sie gerne geheiratet. Sie war ihrem Bruder in Wesen und Charakter ähnlich gewesen, und ich hätte in ihr eine Heimat gefunden, die beneidenswert gewesen wäre.

Ich trank einen Schluck Pilsener Bier. Im Saal wimmerten die Geigen mit letzter Kraftanstrengung. Die Musik schloß ab, der Tanz war zu Ende.

Hanna Laas erschien mit einigen jungen Frauen in dem kleinen Zimmer, in dem ich mein Bier trank, und kam, ein verlegenes Lächeln um den schönen Mund, zu mir.

Sie sah blaß aus, obschon sie soeben noch getanzt hatte.

„Wo kommt nur der scheußliche Geruch her?" fragte sie, als sie sich neben mich setzte.

Ich war überrascht.

Entweder stimmte es mit dem Geruch, oder sie hatte ebenfalls nervöse Nasennerven.

„Vermutlich aus dem Treppenhaus", antwortete ich. „Willst du einen Schluck Wein?" fragte ich dann, um sie abzulenken.

„Nein. Danke. Ich friere so sehr", sagte sie leise.

Ich sah sie besorgt an.

Ob sie meine Werbung derartig aus der Fassung gebracht hatte? Das sah der stolzen, selbstsicheren Hanna Laas gar nicht ähnlich!

Sie schlang ein seidenes Tuch um die schönen Schultern.

„Willst du den nächsten Tanz mit mir tanzen?" fragte ich leise. Sie schüttelte heftig den Kopf. Sie wollte hier bei mir bleiben und sich ausruhen.

„Und die Leute?" lachte ich heimlich. „Man wird über uns sprechen. Es ist schon aufgefallen, daß ich so oft mit dir tanze."

Sie seufzte: „Ach, laß sie reden, Fritz! Wenn du doch vorhin nicht die dumme Frage an mich gerichtet hättest!"

„Ich brauche sie glücklicherweise nicht zu wiederholen, Hanna", entgegnete ich. „Uebermorgen bist du an der Reihe, mich zu fragen! Ich gebe zu, daß ich den Vergleich mit Peter Laas nicht aushalten kann . . ."

„Nicht so laut! Du bist nicht ganz klar!" unterbrach sie mich.

„Klarer als sonst", entgegnete ich. „Aber ich kann auch den Mund halten. Nur darfst du nicht verlangen, daß ich dich mit gewöhnlichen gesellschaftlichen Phrasen unterhalte, die mir sonst so leicht über die Zunge tanzen. Mir ist heute nicht ganz alltäglich zumute. Ich weiß nicht, ob du dir das vorstellen kannst . . ."

Sie lächelte, sagte aber nichts dazu. Sie hatte, wie viele Frauen, Freude daran, den feitgebissenen Fisch am Haken hin und her zu ziehen. Wenn ich nicht der Fisch gewesen wäre, hätte ich Verständnis dafür gehabt. Ich wurde ärgerlich, denn sie schwieg hartnäckig weiter, als bei beginnenden Walzerklängen unser Zimmer leer wurde.

„Erzähle mir von meinem Mann", bat sie leise.

Das Schweigen war schon peinlich gewesen.

„Nein", sagte ich. Heute kannst du das nicht von mir verlangen; ein anderes Mal gerne, am besten aber erst nach unserer Hochzeit."

„Dieser scheußliche Geruch!" stöhnte sie und schlug die Hände vor das Gesicht. Hanna schluchzte. Ich war ratlos und sah sie verlegen an. Hoffentlich kam niemand und sah sie heulen!

Ich drehte mich im Sessel um und sah besorgt nach der Tür, um festzustellen, ob jemand käme.

In der Türöffnung stand ein hochgewachsener Mann. Ich erkannte ihn sofort.

Es war der Hauptmann Peter Laas, den ich vor sieben Jahren in den Kreidefelsen von Soissons in sein letztes Bett gelegt hatte.

Er trug einen grauen, abgeschliffenen Feldrock, schmutzige Reithosen und lehmbeschmierte hohe Stiefel. Ueber dem breiten, flachen Gesicht saß tief in der blutüberkrusteten Stirn ein verrosteter Stahlhelm.

Peter Laas rauchte eine alte Tabakspfeife, hatte beide Hände in den Hosentaschen vergraben und betrachtete uns nachdenklich.

Eigentlich war das ein ungezogenes Betragen im Ballsaal und auf dem großen Winterfest des Regierungspräsidenten!

Nun konnte ich mir auch den sonderbaren Geruch erklären. Es roch nach Unterstand, nach Schützengraben. Es roch ganz heimatlich, wenn ich an die vier langen Jahre in Frankreich dachte, in denen Erdlöcher meine Heimat gewesen waren.

Ich war mehr erfreut als entsetzt, obschon die Erscheinung des Toten eigentlich hätte beunruhigend sein müssen. Ich mußte doch wohl einen Sparren haben! Denn daß die Erscheinung nur eine Täuschung sein konnte, war mir als leidlich gebildetem Manne sofort klar.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192612172-18/fragment/page=0003

Turnen, Spiel und Sport

Abschiedsfeier im Kaufmännischen Turnverein

Am vergangenen Mittwoch versammelten sich in Müllers Hotel eine Anzahl Mitglieder des Kaufmännischen Turnvereins, um einem treuen Mitgliede eine Abschiedsfeier zu geben. Turnbruder Robert Blümel muß Anfang Januar wegen Fortzug nach Berlin Halle verlassen. Mit herzlichen Worten gedachte der 1. Vorsitzende des Vereins, Turnbruder Kolbe, der Verdienste des Scheidenden, gab ihm die besten Wünsche aller Vereinsangehörigen auf den Weg und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er auch in Berlin ein eifriges Glied der D. T. werden möge. Der Verein sieht Blümel ungern scheiden. Von 1903 bis 1905 war er schon einmal Mitglied des K. T. V. Von 1904 ab als 2. Schriftführer. Wegen Fortzug von Halle mußte er die Mitgliedschaft aufgeben, kam aber nach Rückkehr nach Halle im Jahre 1913 sofort wieder in den K. T. V. Jederzeit ist Blümel bereit gewesen, für das Wohl des K. T. V. einzutreten. Durch seine Treue, die er dem Verein entgegenbrachte, und durch den goldenen Humor hat er sich viele Freunde in dem Verein gesichert. Der gut gelungene Abend wurde durch Vorträge, allgemeine Gesänge und Konzert (Klavier und Geige) verschönt. Auch einem zweiten scheidenden Mitgliede, Turnbruder Richter, wurden vom Vorstande die besten Wünsche mit auf den Weg gegeben.

Handball im Elbe-Saale-Gau (D. T.)

Ein schweres Treffen hat der Vogtsche T. V.-Aschersleben am Sonntag vormittag 10.30 Uhr in Staßfurt gegen den Spitzenführer der Meisterklasse zu bestehen. Die Staßfurter haben in der ersten Spielreihe eine große Beständigkeit bewiesen und dürften auch in diesem Kampfe, den die Aschersleber mit Ersatz antreten müssen, den Sieger stellen. In Bad Salzelmen kämpfen um den Abstieg vormittags 11.15 Uhr der MTV.-Giersleben und der MTV.-Groß-Salze.

In der A-Klasse kommt nur ein Spiel zum Austrag und zwar: Tusp.-Vereinigung Staßfurt II—MTV. 1877-Aschersleben II nachmittags 2.30 Uhr in Staßfurt.

Die B-Mannschaften — Jugend und Knaben — sind wegen der Vorweihnachtszeit spielfrei.

Spielfreie Sonntage für die Jugend.

Der Verbands-Jugendausschuß des Süddeutschen Fußball-Verbandes macht die Vereine darauf aufmerksam, daß an den Weihnachtsfeiertagen und am Neujahrstag Jugendspiele nicht stattfinden dürfen. Ueberhaupt dürfen die Jugendlichen an jedem vierten Sonntag eines jeden Monats an keinem Fußballspiel teilnehmen. Es dürfen an diesen Sonntagen auch keine Uebungsspiele und Fußballübungen stattfinden, dagegen werden Wanderungen mit den Jugendlichen an diesen Tagen empfohlen.

Aus aller Welt

Peinliche Aehnlichkeit

New York, 16. Dez. Es war wohl kein seltener Fall, daß zwei Personen ein täuschend ähnliches Exterieur zur Schau trugen und daß einer der Doppelgänger für den anderen gehalten wird. So manche Komödie, nicht nur auf den Brettern, die die Welt bedeuten, sondern auch in der Wirklichkeit, sind auf das Doppelgängertum zurückzuführen. Immerhin dürfte der Fall des Kaufmanns William Feith in der Chronik der letzten Jahre vereinzelt dastehen. Es handelt sich allerdings diesmal nicht um ein heiteres Abenteuer, sondern vielmehr um eine Tragikomödie.

William Feith, der seit vielen Jahren in einer verkehrsreichen Straße in New York einen Juwelierladen führt, hatte das Unglück, einem gewissen Schapiro täuschend ähnlich zu sein, wußte aber von diesem Doppelgänger nichts. Ja, er hatte keine Ahnung, daß es einen Schapiro gibt, dessen äußere Erscheinung eine Verwechslung mit ihm nur allzu verständlich mache. Denn Mr. Schapiro glich dem Juwelier wie ein Ei dem anderen, und Schapiro war Einbrecher. Seine Spezialität bestand darin, Juwelengeschäfte zu plündern. Er suchte zu diesem Zwecke kleinere Geschäfte aus, erspähte geeignete Augenblicke, trat in den Laden ein, und der unglückliche Kaufmann sah im nächsten Augenblick den Lauf eines Revolvers drohend gegen sich gerichtet. Und in einer Sekunde, während der Besitzer und sein Gehilfe die Hände in die Höhe hoben, raffte Schapiro eine Anzahl Schmucksachen zusammen und verschwand blitzschnell.

Eines Tages waren zwei Kriminalbeamte im Geschäft des Juweliers erschienen, nahmen Feith trotz seines energischen Protestes fest und führten ihn mit Handfesseln ins Polizeigebäude. Dort wurde zunächst seine Photographie mit dem im Verbrecheralbum bewahrten Lichtbild Schapiros verglichen. Nunmehr konnte der gute Mann Tag und Nacht hinter Schloß und Riegel über die Unannehmlichkeiten dieses Doppelgängertums nachgrübeln. Seine Beteuerungen, er sei William Feith, blieben ganz ergebnislos. Auch die Tatsache, daß er ein Juweliergeschäft hatte, sprach gegen ihn. Die Behörden waren nämlich der festen Ueberzeugung, daß William Feith alias Schapiro in seinem Geschäft jene Schmucksachen verkaufte, die er bei seinen Streifzügen zusammengeraubt hatte. Das Geschäft wurde geschlossen und das ganze Inventar beschlagnahmt. Feith ließ seinen Rechtsanwalt in die Zelle kommen. Der Mann, der ihn seit langer Zeit kannte, erklärte ihm, er könne seine Verteidigung nicht übernehmen. Eine solche Aehnlichkeit gebe es nicht. In dieser Auffassung wurde der Rechtsanwalt durch die daktyloskopitsche Untersuchung befestigt. Die Untersuchung ergab nämlich, daß die Fingerabdrücke des angeblichen Feith mit denen des Einbrechers Schapiro identisch sind. Die Verzweiflung des Juweliers läßt sich nicht ausmalen.

Mit Zähigkeit hielt er jedoch an der Behauptung fest, daß die daktyloskopischen Sachverständigen einem Irrtum zum Opfer gefallen seien oder die Untersuchung nicht mit der nötigen Gewissenhaftigkeit durchgeführt hätten. Seine Beteuerungen hatten schließlich zur Folge, daß eine Revision der daktyloskopischen Untersuchung vorgenommen wurde. Nun stellte sich heraus, daß die Fingerabdrücke eine Anzahl, wenn auch minimaler Unterschiede aufweisen. William Feith war gerettet. 24 Stunden später wurde er auf freien Fuß gesetzt. Nun hat Feith den Staat New York auf Schadenersatz für die verbüßte Kerkerstrafe und für die Sperre seines Geschäfts verklagt.

Man kann über den Ozean sehen

New York, 16. Dez. Dr. Alexanderson, beratender Ingenieur der General Elektric und Radio-Corporation, teilte dem American Institut of Electrical Engeneers in Saarlouis mit, daß er eine Maschine erfunden habe, die ein wirkliches Fernsehen über den Ozean ermögliche.

Schwerer Diebstahl auf einer Berliner Kunstmesse

Berlin, 16. Dez. Aus der von der Künstlerwerkhilfe im Berliner Rathaus veranstalteten Weihnachtskunstmesse Rupprechtsschau sind zwei Bronzeskulpturen gestohlen worden. Der Kaufwert der beiden Skulpturen, die eine von Schröder, die andere von Korn, beträgt über 8000 Mark.

Wieder vier Zuchthäusler entsprungen

Berlin, 16. Dez. Einer Meldung der Blätter aus Bochum zufolge, sind aus dem dortigen Zentralgefängnis vier Zuchthäusler entsprungen. Unter den Entwichenen befinden sich zwei zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Mörder.

Handelsnachrichten

Liquidationskurse der Berliner Börse per Medio Dezember

Die beiden letzten Börsenwochen haben ein Endergebnis gehabt, das für die verschiedenen Terminaktien durchaus nicht einheitlich ist. Während einige Werte Kursbefestigungen von 6 bis 9 Proz., vereinzelt auch von über 15 Proz. buchen können, gaben andere, und zwar der größere Teil, in kleinem Ausmaße nach. Besonders feste Liquidationskurse haben von Bankaktien Berliner Handelsanteile und Commerzbankaktien (je plus 16 Proz.), ferner Philipp Holzmann und Schultheiß zu verbuchen, die je 8 Proz. gewannen. Transradio notieren 9 Proz., Gef. f. El. 6 Proz., Ilse Bergbau 5 Proz., Mannesmann 5 Proz., Schuckert 5 Proz., Rheinische Braunkohlen 5 Proz. und Riebeck 4 Proz. über den Liquidationskursen vom Ultimo November. Dagegen haben Daimler aus den bekannten Gründen einen scharfen Kursrückgang von 20 Proz. und Hansa-Dampf infolge der großen Kursschwankung gelegentlich der Bezugsrechtnotiz von 17 Proz. erliten. Die übrigen Verluste betragen 1—5 Proz. Zahlreiche Papiere haben diesmal überhaupt keine Veränderung erfahren. Die Liquidationskurse lauten im einzelnen wie folgt: Allg. Dt. Eisenb. 94 (letzter Liquidationskurs 93, plus 1), Allg. Dt. Credit 141 (—), Barmer Bankv. 143 (141, plus 2), Berl. Handelsgef. 268 (252, plus 16), Comm. u. Privat 199 (183, plus 16), Darmst. u. Nat. 251 (252, minus 1), Deutsche Bank 178 (176, plus 2), Disconco-Gef. 169 (168, plus 1), Dresdner Bank 159 (157, plus 2), Mitteld. Credit 144 (145, minus 1), Dt. Austral. 168 (168), Hbg. Amerika 168 (168), Hbg. Süd 181 (182, minus 1), Hansa Dampf 192 (209, minus 17), Kosmos 168 (168), Nordd. Lloyd 164 (162, plus 2), Allg. Elektr. Gef. 157 (156, plus 1), Bergmann 152 (152), Bl. M. Schwartzkopff 115 (111, plus 4), Bochum Guß 167 (168, minus 1), Buderus 105 (108, minus 3), Charl. Wasser 122 (121, plus 1), Cont. Caoutch. 107 (112, minus 5), Daimler 85 105, minus 20), Dessauer Gas 169 (163, minus 6), Dt. Luxemburg 168 (168), Dt. Erdöl 170 (173, minus 3), Dt. Masch. 111 (114, minus 3), Dynamit Nobel 151 (153, minus 2), Elektr. Lieferg. 147 (146, plus 1), Elektr. Licht 152 (149, plus 3), Farb.-Industr. 309 (313, minus 4), Felten u. Guill. 150 (150), Gelsenkirchen 168 (170, minus 2), Gef. f. elektr. Unt. 172 (166, plus 6), Hambg. Elektr. 138 (138), Harpener 182 (182), Hoesch 158 (158), Holzmann 160 (152, plus 8), Ilse 256 (251, plus 5), Kali Aschersl. 140 (140), Klöckner 148 (148), Köln-Neuessen 167 (166, plus 1), Köln-Rottweil 155 (156, minus 1), Linke-Hofmann 79 (79), Loewe 220 (217, plus 3), Mannesmann 189 (184, plus 5), Mansfeld 130 (128, plus 2), Metallbank 169 (174, minus 5), Nationale Auto 102 (103, minus 1), Oberschl. Eisenbdf. 108 (109, minus 1), Oberschl. Koks 138 (140, minus 2), Orenstein 134 (131, plus 3), Ostwerke 245 (245), Phoenix 125 (127, minus 2), Rhein. Braunk. 235 (230, plus 5), Rhein. Stahl 191 (193, minus 2), Rieb. Montan 176 (172, plus 4), Rütgerswerke 129 (131, minus 2), Salzdetfurth 172 (173, minus 1), Schuckert 157 (152, plus 5), Schultheiß 296 (288, plus 8), Siem. u. Halske 191 (191), Tietz 118 (118), Transradio 136 (127, plus 9), Ver. Stahlwerke 144 (140, plus 4), Westeregeln 151 (151), Zellstoff Waldh. 225 (222, plus 3), Otavi Shares 37 (39, minus 2). Bezugsrechtabschläge seit der letzten Liquidation: Hansa Dampf 41 Proz. (am 13. Dezember).

Gegen die zu hohen Handelsregister-Gebühren — Preußen gegen wirtschaftlich notwendige Zusammenschlüsse

Von führender industrieller Seite gehen uns folgende bemerkenswerte Ausführungen zu: „Bekanntlich ist im März d. J. im Reichstag mit überwältigender Mehrheit das Steuermilderungsgesetz angenommen worden. Hierdurch sind erst wirtschaftlich notwendige Zusammenschlüsse ermöglicht worden. Die in der Zwischenzeit in großem Umfange vorgenommenen Nationalisierungen erfahren nun in Preußen eine starke Belastung und Hemmung durch die übermäßige Höhe der den neuzeitlichen Verhältnissen nicht angepaßten Preisgebührenordnung. Für die in diesem Jahre vorgenommenen Fusionen sind in den meisten Fällen Gebühren für die Eintragung in das Handelsregister von mehreren 100 000 Rm. bis zu 1 Million Rm. verlangt worden. In Erkenntnis dieses Uebelstandes haben die Parteien des Zentrums und der Deutschnationalen Volkspartei bereits vor Monaten Abänderungsanträge im Landtag gestellt, die die Einführung einer gewissen Höchstgrenze, wie sie auch in anderen Ländern des Reiches bestehe, bezwecken. Trotz allen Drängens der Parteien wird die Erledigung dieser Anträge immer noch hinausgezögert. Das Ergebnis der derzeitigen Rechtslage ist das, daß Preußen aus der Steuermilderung des Reiches besondere Vorteile zieht. Die Wirtschaft hat das Gefühl, daß die Gelder, die ihr auf der einen Seite seitens des Reichs durch das Steuermilderungsgesetz erlassen werden, auf der anderen Seite vom preußischen Fiskus durch die Gebührenordnung wieder abgenommen werden. Es muß unter diesen Umständen damit gerechnet werden, daß die Industrie bei dem mangelnden Entgegenkommen der preußischen Instanzen auf den Gedanken verfällt, den Sitz ihrer Gesellschaften nach anderen Ländern des Reiches zu verlegen."

Der Verkauf der Viag-Anleihe bereits geschlossen. Der freihändige Verkauf der 20 Millionen Reichsmark 7prozentigen Teilschuldverschreibungen der Vereinigte Industrie-Unternehmungen A.-G. in Berlin (Viag) ist zum Preise von 96 Prozent aufgenommen worden. Wie der DHD. aus Kreisen der Emissionshäuser erfährt, hat sich der Verkauf außergewöhnlich lebhaft gestaltet und die Erwartungen noch weit übertroffen. Von der Leitung des Uebernahmesyndikates ist in Aussicht genommen, den Verkauf bereits wieder einzustellen. Die Anleihe der Viag lautet bekanntlich insgesamt über 6 Mill. Dollar, die in Amerika bereits aufgelegt und sofort überzeichnet wurden, und 20 Mill. R.-M., die in Deutschland untergebracht werden sollten. Auch die Auflegung des deutschen Teiles der Viag-Anleihe ist somit ein voller Erfolg geworden und beweist die bedeutende Aufnahmefähigkeit des inländischechn Geldmarktes trotz des bevorstehenden Jahresendes.

Chemische Fabrik Budenheim A.-G., Mainz. Bekanntlich schlägt die Verwaltung der Hauptversammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals von 1,5 Mill. Rm. auf 3 Mill. Rm. vor. Sie begründet die Kapitalserhöhung mit der Bereitstellung von Mitteln für eine Ausdehnung ihres Produktionsgebietes in Phosphorsäure, Phosphorsäuresalz usw. Sie erhofft ein günstiges Absatzgebiet auch im Ausland besonders, wenn die jetzigen Inflationsländer Frankreich und Italien zur endgültigen Stabilisierung übergegangen sein werden.

Zimmermann-Werke A.-G., Chemnitz. Die H.-V. genehmigte die Sanierungsvorschläge der Verwaltung. Die Bilanz, die mit einem Verlust von 1 892 000 R.-M. abschließt, wurde gegen 2800 Stimmen unter Protest genehmigt. Zur Beseitigung der Unterbilanz wird das Kapital von bisher 4 200 000 R.-M. im Verhältnis von 20:1 auf 210 000 R.-M. herabgesetzt, und danach auf 840 000 R.-M. wieder erhöht. Außerdem sollen Grundstücke veräußert werden. Ohne die Durchführung dieses Sanierungsplanes wäre nach Mitteilung der Verwaltung ein Konkurs unvermeidlich gewesen.

Bierbrauereigesellschaft vorm. Gebr. Leberer A.-G., Nürnberg. In der ordentlichen Hauptversammlung wurde der Abschluß für das am 30. September 1926 beendete Geschäftsjahr genehmigt. Das Unternehmen schloß im vergangenen Jahr mit 298 838 Rm. Gewinn ab, der folgende Aufteilung findet: **6 Proz. Dividende auf Vorzugsaktien Lit. B = 600 Rm., 14 Proz.** Dividende auf Vorzugsaktien Lit. A = 157 500 Rm., 12 Proz. Dividende auf Stammaktien = 136 000 Rm., Rücklage für Grunderwerbsteuer 20 000 Rm., Zuweisung an Delkredere-Konto 50 000 Rm., **Vortrag auf neue Rechnung 25 233 Rm.**

Union-Brauerei, A.-G., Bremen. Die o. H.-V. genehmigte die Regularien für das verflossene Geschäftsjahr. Von der Verwaltung wurde mitgeteilt, daß die Absatzziffer des verflossenen Geschäftsjahres insofern ein eigenartiges Ergebnis zeige, als die Sommermonate, die normalerweise den Konsum vorteilhaft beeinflussen sollten, vollständig versagten, und sich der Umsatz in den Monaten der kälteren Jahreszeit verhältnismäßig günstig anließ. Die Verwaltung sieht das Ergebnis des Geschäftsjahres als gut an, da es nach Vornahme der notwendigen Abschreibungen mit einem Reingewinn von 161 140 Rm. abschließe und somit den Aktionären neben der 5 Prozent Dividende noch 5 Prozent Superdividende gewährt werden können. Auf Anfrage aus Aktionärkreisen über die Rentabilität der Wilhelmshafener Niederlage unter Berücksichtigung der starken Konkurrenz der dortigen Bavaria-Brauerei, erklärte die Verwaltung, daß diese Niederlage sich ganz erfreulich entwickelte und 15 Prozent des Gesamtumsatzes erbringe.

Bavaria- und St.-Pauli-Brauerei in Altona. In dem am 30. September abgelaufenen Geschäftsjahr 1925/26 erzielte das Unternehmen Einnahmen von 22,88 Mill. i. V. 21,83 Mill.) Rm. Nach Abzug der Unkosten von 20,11 (19,66) Mill. Rm. und Abschreibungen von 1,27 (0,816) Mill. Rm. verbleibt ein Reingewinn von 1,49 Mill. (1,35) Mill. Rm., woraus, wie gemeldet, 14 Prozent (i. V. 12 Proz.) Dividende mit 1,26 (1,08) Mill. Rm. verteilt, 141,075 (191 829) Rm. Tantiemen vergütet und 163 402 (75 876) Rm. auf neue Rechnung vorgetragen werden. In der Bilanz stehen u. a. zu Buch: Anlagen und Inventar mit 8,33 Mill. (7,21) Mill. Rm., Vorräte mit 2,53 (1,25) Mill. Rm., Darlehnsschuldner mit 3,35 (2,8) Mill. Rm., Debitoren mit 1,72 (1,7) Mill. Rm., andererseits betragen Kreditoren 1,58 (1,81) Mill. Rm.

Lorecht u. Meister A.-G., Berlin-Reinickendorf. Bei 263 665 (225 690) Rm. Bruttoeinnahmen ergibt der Abschluß des Geschäftsjahres 1925/26 nach Berücksichtigung von 183 076 (158 247) Rm. Handlungsunkosten sowie 56 390 (57 511) Rm. Abschreibungen einen Reingewinn von 24 199 (9932) Rm., der wie im Vorjahre nach Verteilung der satzungsmäßigen Vorzugsdividende von 6 Proz. zur Amortisation des Hypotheken-Aufwertungs-Ausgleichs-Kontos verwendet werden soll. Der kurz gehaltene Verwaltungsbericht führt als Ursache des geringen Reingewinns die allgemeine Wirtschaftskrise sowie den verschärften Wettbewerb der billiger arbeitenden italienischen und französischen Konkurrenz an. In der Vermögensaufstellung des Unternehmens, dessen Aktien im Berliner Freiverkehr gehandelt werden, sind außer einer Steigerung des Debitorenkontos von 270 655 auf 309 498 Rm. und einer Verminderung des Warenkontos von 102 164 auf 96 441 Rm. bemerkenswerte Veränderungen gegenüber dem Vorjahre nicht eingetreten. Ueber die Aussichten der Gesellschaft sind in dem Bericht Angaben nicht enthalten. Ordentliche Hauptversammlung am 18. Dezember.

Internationale Rohstahlgemeinschaft. Wie der DHD. zu den verschiedenen sich widersprechenden Meldungen über den Beitritt der österreichisch-ungarisch-tschechischen Gruppe erfährt, ist der Beitritt dieser Werke bei einer Quote von 1,5 Millionen Tonnen endgültig erfolgt.

Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat, Essen. Durch Erhöhung der Kohlenbeteiligungsziffer der Zeche „Ewald" in Herten i. Westf. erhöht sich die Kohlenbeteiligungsziffer des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates von 135,7 auf 135,8 Millionen Tonnen. Der genaue Betrag für die Erhöhung der Quote an „Ewald" steht noch nicht fest, er dürfte jedoch nur 60 000 bis 70 000 Tonnen betragen.

Caesar u. Loretz A.-G.

Der Geschäftsbericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1925 weist in der Gewinn- und Verlustrechnung einen Rohgewinn von 890 306 M. aus. Dem stehen gegenüber Unkosten einschließlich Zinsen mit 1 150 637 M., Abschreibungen mit 224 055 M., Hauslebensversicherung mit 28 337 M. und 53 526 Mark für Hypothekenbeschaffung und Disagio. Einschließlich des Verlustvortrages von 1924 mit 64 675 M. ergibt sich ein Gesamtverlust von 630 925 M. Nach dem Geschäftsbericht hat die Gesellschaft durch den Zusammenbruch der Fa. W. Kathe A.-G., mit der sie eine Verkaufsgemeinschaft eingegangen war, mannigfache Störungen und Erschwerungen — Zinsbelastung durch Uebernahme des Warenlagers der Kathe A.-G. — erlitten. Beschaffungskosten für die 1925 aufgenommene Hypothek und größere Abschreibungen auf notleidend gewordene Forderungen kamen hinzu. Weitere starke Abstriche an den Substanzkonten mußten gemacht werden, da diese in der Golderöffnungsbilanz zu hoch bewertet waren. Von den kreditgebenden Banken war zur Sanierung eine Kapitalzusammenlegung im Verhältnis von 4:1 vorgeschlagen worden. Im Laufe der Verhandlungen ist es möglich geworden, durch Verkauf des Unternehmens an den Vorbesitzer in Verbindung mit einem Kommanditisten für die Aktionäre das gleiche zu erreichen wie durch eine Reduzierung des Aktienkapitals um 75 Prozent. Die Bilanz weist auf der Aktivseite Außenstände mit 562 501 M. aus. Grundstücke stehen mit 140 000 M., Gebäude mit 548 482 M., Maschinen mit 427 000 Mark zu Buche. Warenbestände sind mit 1 300 000 M. angeführt. Auf der Passivseite stehen Gläubiger mit 1 775 513 M.

Die Beteiligung der Halleschen Kaliwerke

(Wiederholt, da nur in einem Teile der letzten Ausgabe enthalten.)

Bekanntlich beruft die Gesellschaft eine außerordentliche Generalversammlung ein, in der über den Antrag auf Beteiligung an einem anderen Unternehmen Beschluß gefaßt werden soll. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" wollte man in orientierten Kreisen wissen, daß es sich möglicherweise um eine Interessennahme der Halleschen Kaliwerke, deren Aufsichtsratsvorsitz Kommerzienrat Hermann Röchling führt, an dem Stickstoffunternehmen des Röchlingkonzerns auf der Zeche „Mont Cenis" handelt. Auch andere Blätter sprachen von derartigen Stickstoffplänen der Halleschen Kaliwerke. Diese Vermutungen treffen jedoch in ihrer Gesamtheit nicht zu. Wie die „Hallesche Zeitung" erfährt, handelt es sich bei der beabsichtigten Beteiligung der Gesellschaft um die Chemische Fabrik Kalbe G. m. b. H., welche u. a. phosphorsauren Kalk herstellt. Es schien den Werken geboten, die vorhandenen Barmittel zu einer Beteiligung zu verwenden, die der Gesellschaft eine breitere Basis verleiht. Auch die spätere Möglichkeit, den neuen Betrieb mit einem Teil seiner erforderlichen Rohstoffe durch Erweiterung der eigenen Nebenproduktengewinnung der Kaliwerke zu versorgen, sprach für diese der Gesellschaft günstig erscheinende Beteiligung.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion Adolf Lindemann.
Verantwortlich für Politik: Adolf Lindemann; für Lokales, Kunst und Unterhaltung: Dr. Erich Bellheim; für Volkswirtschaft, Mitteldeutschland und Sport: Dr. Hans Henningsen. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle. — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred M. Kamel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192612172-18/fragment/page=0004